



PALÄSTINA INFO

HALBJÄHRLICHE ZEITUNG
PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL UND PALÄSTINAKOMITEE ZÜRICH



Neuerscheinung: Mythen des Zionismus

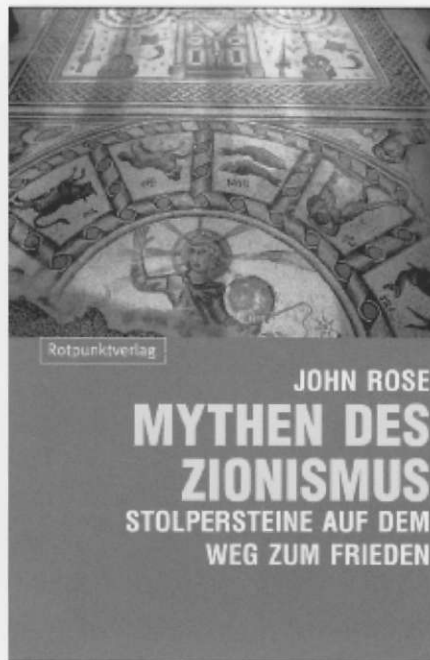
John Roses „Myths of Zionism“ erscheint diesen Frühling auf Deutsch. Der Autor geht vertieft auf zehn wichtige Aspekte der zionistisch-israelischen Staatsgründung ein. So verortet er das „Alte Israel“ und geht Bibelbezügen wie dem Begriff des Exils, dem Mythos „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ und besonders der für das zionistische Selbstverständnis bedeutsamen Unterscheidung in (westlich)-jüdische Israelis und arabische PalästinenserInnen, aber auch orientalische Juden/Jüdinnen nach. Rose setzt sich vor allem mit der israelischen Geschichtsschreibung als bewusster politischer Rechtfertigung von Vertreibung, Landenteignung und Unterdrückung der palästinensisch-arabischen Bevölkerung und mit der Leugnung des „islamisch-arabischen Anteils an der jüdischen Geschichte“ auseinander.

Er zitiert zahlreiche PolitikerInnen, die teils kritisch, teils unterstützend die von ihm angeführten Mythen belegen. So etwa eine Erklärung des ehemaligen Bürgermeisters von Jerusalem, Meron Benvenisti, der sich am 8. August 2003 in der israelischen Zeitung Ha'aretz für eine Richtungsänderung in der israelisch-zionistischen Politik ausspricht, die bisher die „Araber“ als Feinde und nicht als Mitbewohner im gleichen Land betrachtet.

Wir können dieses Buch sehr empfehlen und möchten auch auf die „Lese-Tournee“ von John Rose hinweisen (siehe nebenan).

John Rose, Mythen des Zionismus. Stolpersteine auf dem Weg zum Frieden, Zürich 2006, ISBN 3-85869-312-x. Übersetzt aus dem Englischen von Rosemarie Nünning.

Originalausgabe: Myths of Zionism, 2004, Pluto Press, London (val)



VerkäuferInnen gesucht!

Das Palästina-Info wird zum Selbstkostenpreis von 2 Franken verkauft. Damit leisten wir einen Beitrag zur Finanzierung unserer Zeitung und zur Verbreitung der Anliegen der Palästina-Solidarität.

Wir suchen deshalb VerkäuferInnen in der ganzen Schweiz. Melde dich bei uns (siehe Impressum) oder unter val75@gmx.net.

Spenden braucht's!

Unterstützt mit Eurer Spende das Erscheinen des Palästina-Infos! Es finanziert sich durch den Verkauf zum Stückpreis von 2 Franken und vor allem durch Spenden der LeserInnen (Gratisversand). Herzlichen Dank an die SpenderInnen der letzten Ausgabe!

Geldspenden an:

Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel, PC 40-756856-2

Termine

Internationale Konferenz in Genf

Für einen gerechten Frieden in Palästina/Israel – Internationales Recht durchsetzen

Organisiert vom Europäischen Koordinationskomitee der NGOs zur Palästina-Frage (ECCP), zusammen mit den Solidaritätskomitees der Romandie

26.–28. Mai in Genf

Informationen zum detaillierten Programm und Anmeldung unter www.urgencepalestine.ch

Buchpräsentation

„Mythen“ des Zionismus“

Mit John Rose, gemeinsam organisiert von Gesellschaft Schweiz-Palästina, Grünes Bündnis Bern, Palästina-Komitee Zürich, Palästina-Solidarität Region Basel und Rotpunktverlag

Bern: Mittwoch, 31. Mai, Mediensaal des Kornhausforums, Kornhausplatz 18 (1. Stock)

Zürich: Donnerstag, 1. Juni (Ort wird noch bekannt gegeben)

Basel: Freitag 2. Juni (Ort wird noch bekannt gegeben)

Informationsveranstaltung

Frauencomputerkurse in Nahalin

mit Daoud Nassar im Juni (Ort und Datum wird noch bekannt gegeben)

Die Palästina-Solidarität Region Basel hat am 21. Januar zu Gunsten eines Projektes in der Gemeinde Nahalin (siehe Interview S. 7) eine Olla Comùn im Basler K5 organisiert. Dank grosszügigen Spenden konnten wir dem Projekt 2000.- Franken überweisen. Das Projekt wird auch vom PalCH (Verein für die Unterstützung notleidender PalästinenserInnen) unterstützt.

Monatliche Mahnwache für Palästina

Jeweils am ersten Freitag des Monats von 17.30–18.30 auf dem Barfüsserplatz in Basel

Schwerpunkt Jerusalem: Ethnische Säuberung und Annexion von Jerusalem

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe des Palästina-Infos ist Jerusalem. Wir beleuchten verschiedene Aspekte der israelischen Politik, welche die Schaffung einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit und die Annektierung der Stadt als „ungeteilte Hauptstadt von Israel“ (Sharon) zum Ziel haben.

Schon die zionistischen Gründungs-väter des israelischen Staates betrachteten Jerusalem als Hauptstadt des jüdischen Staates. Seit Ben Gurion versuchen alle Regierungsvorsitzenden, unabhängig davon, ob sie der Arbeitspartei oder dem rechten Likud angehören, die PalästinenserInnen in und um Jerusalem zu vertreiben, mit forciertem Siedlungsbau eine jüdische Mehrheit zu schaffen und die Stadt formell dem israelischen Staat einzuverleiben.

Im UNO-Teilungsplan von 1947 war vorgesehen, die Stadt einer internationalen Verwaltung zu unterstellen. Bereits 1948 versuchten zionistische Truppen wie Irgun und Palmach, die Stadt zu erobern, und vertrieben systematisch die palästinensischen BewohnerInnen in den umliegenden Dörfern westlich der Stadt, um einen Korridor von Tel Aviv zur gewünschten Hauptstadt zu schaffen. Bekannt geworden sind diese Vertreibungsaktionen durch das Massaker im Dorf Deir Yassin in der näheren Umgebung von Jerusalem (Informationen unter <http://www.deiryassin.org>). In einem Interview mit einem Palästinenser, der 1948 zur Flucht gezwungen wurde, wollen wir in dieser Ausgabe einen Eindruck dieser Vertreibungspolitik vermitteln.

Die paramilitärischen zionistischen Verbände scheiterten 1948 beim Versuch, die Altstadt und Ostjerusalem dauerhaft zu erobern. Erst 1967 schafften es die israelischen Truppen, die Altstadt, Ostjerusalem und die gesamte Westbank vollständig zu erobern. Bereits 1967 annektierte so der israelische Staat völkerrechtswidrig den Ostteil der Stadt. Obwohl Israel verschiedene Ministerien und das Parlamentsgebäude (Knesset) in Jerusalem errichtete, um seinen Anspruch auf Jerusalem als Hauptstadt zu unterstreichen, hat die internationale Staatengemeinschaft (darunter auch die Verbündeten von Israel) Jerusalem

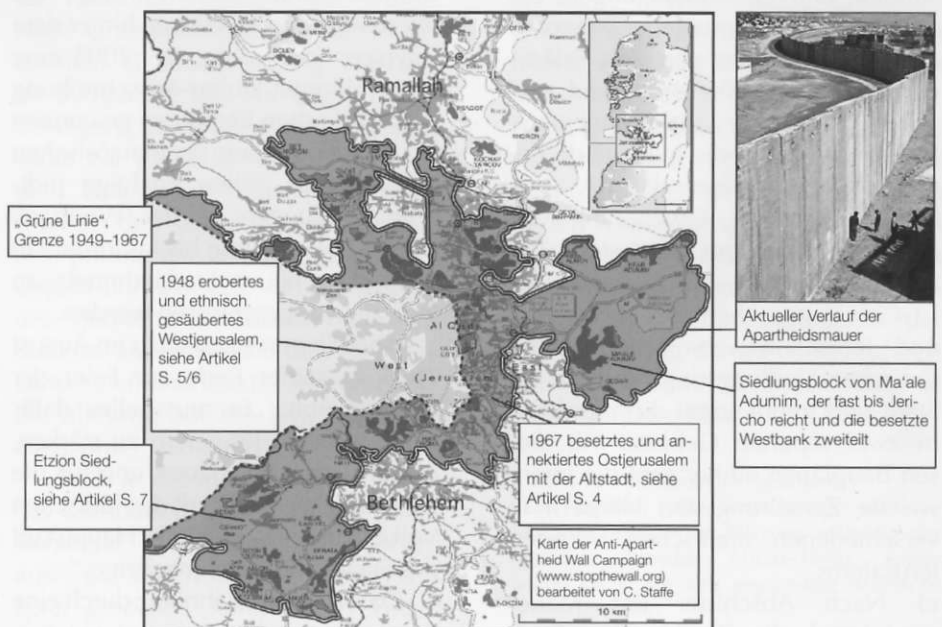
bis heute nicht als Hauptstadt Israels anerkannt und ihre Botschaften auch nach 1967 in Tel Aviv belassen. Israel hat seit 1967 vieles unternommen, um in der Stadt eine „jüdische“ Bevölkerungsmehrheit zu schaffen. So liegt einer der Hauptschwerpunkte des Siedlungsbau in Ostjerusalem und seinen Vororten. Die Hälfte der SiedlerInnen in der Westbank, rund 220 000 Menschen, leben im besetzten östlichen Teil des Grossraumes Jerusalem. Gleichzeitig benachteiligt Israel die im Ostteil der Stadt lebenden PalästinenserInnen mit dem Ziel, sie endgültig zu vertreiben.

Eine EU-Kommission verfasste letztes Jahr einen Bericht, der die vielseitige Diskriminierung der PalästinenserInnen im besetzten Ostjerusalem aufzeigt. Um die guten Beziehungen zu Israel nicht zu gefährden, haben die EU-AussenministerInnen im Dezember 2005 jedoch auf die Veröffentlichung des Berichtes verzichtet. Wir berichten in dieser Nummer darüber. Mit dem Bau der Mauer hat Israel einen weiteren Schritt getan, um die Stadt zu annektieren und das Projekt „Greater Jerusalem“ zu verwirklichen.

Ein Viertel der palästinensischen EinwohnerInnen der Stadt (55 000 Personen) werden mit der neuen Mauer von Jerusalem isoliert und verlieren ihr Aufenthaltsrecht in der Stadt. Überdies werden durch den Verlauf der Mauer einige grosse Siedlungen in die Stadt einverleibt (Ma'ale Adumin, Etzion Bloc etc). Wir haben ein Interview geführt mit einem betroffenen Palästinenser, der in einem palästinensischen Dorf südlich von Jerusalem mit Computerkursen versucht, Menschen trotz der erschwerten Lebensbedingungen zum Bleiben zu motivieren.

Weiter in dieser Nummer

Ein Interview zu den Wahlen und den Folgen des Sieges der Hamas, ein Bericht über den Widerstand des Dorfes Bil'in gegen den Bau der Apartheidsmauer sowie diverse Kurzinformationen zu den Aktivitäten der Palästina-Solidaritätsgruppen.



Ostjerusalem: Die Europäische Union stellt sich taub

Ein von britischen EU-VertreterInnen in Jerusalem verfasster Bericht über die israelische Politik in Ostjerusalem, der diese klar als illegal bezeichnet, wurde von den EU-AussenministerInnen aus Rücksicht auf die diplomatischen Beziehungen zu Israel zurückgehalten. Im Folgenden fassen wir die wichtigsten Punkte aus dem Bericht zusammen.

Die Siedlungen Romot, French Hill, East Talpiot, Gilo, Pisgat Ze'ev und Har Homa im Grossraum Jerusalem werden klar als illegal benannt. Ferner wird darauf verwiesen, dass die Mauer um Ostjerusalem trotz des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs gegen den „Sicherheitszaun“ weiter gebaut wird. Folgende vier Punkte werden besonders hervorgehoben:

a) Ostjerusalem hat für die palästinensische Bevölkerung eine zentrale Bedeutung, besonders in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Hinsicht. Mit seiner Politik versucht Israel, vollendete Tatsachen zu schaffen und eine zukünftige Vereinbarung über den Status der Stadt zu untergraben. Zu den kritisierten Punkten gehören: die allgegenwärtige Zerstörung von Häusern unter dem Vorwand, sie seien ohne Bewilligung gebaut bzw. erweitert, obwohl Bewilligungen kaum zu erhalten sind; der Bau und die Erweiterung illegaler Siedlungen durch private Gruppierungen und die Regierung; der weit in besetztes Gebiet hineinreichende, unterdessen fast beendete Mauerbau rund um Ostjerusalem; Erschwernisse bei den Arbeits- und Reisebedingungen; die zunehmende Isolierung der EinwohnerInnen Jerusalems von den PalästinenserInnen im Westjordanland; und schliesslich das diskriminierende Steuersystem und die mangelnde Bereitstellung von Infrastruktur.

b) Die geplante Erweiterung von Ma'ale Adumim um mindestens 300 neue Häuser in das so genannte E1-Gebiet zwischen dieser Siedlung und Jerusalem vervollständigt den jüdischen Siedlungsring rund um die Stadt und trennt somit die Westbank in zwei separate Gebiete. Mit diesen Bauplänen einher geht die intensive Zerstörung von Häusern in verschiedenen arabischen Vororten Jerusalems.

c) Nach Abschluss der Mauer wird Israel alle Zugänge zur Stadt

kontrollieren. Die im Einzugsgebiet liegenden Städte Bethlehem und Ramallah wie auch die übrige Westbank sind dann abgeschnitten. Durch strikte Kontrollen des Wohnorts und der Identitätsausweise wird Israel in der Lage sein, Ostjerusalem als politisches, soziales, wirtschaftliches und infrastrukturelles Zentrum völlig zu isolieren.

d) Die israelische Politik in Jerusalem stellt eine Verletzung der Verpflichtungen der Road Map und des Völkerrechts dar.

Zahlreiche Empfehlungen auf politischer und operationeller Ebene runden den Bericht ab. So wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass in der ersten Phase der Road Map die erneute Öffnung der palästinensischen Einrichtungen, namentlich der Handelskammer, in Ostjerusalem vorgesehen wäre. Die israelische

Regierung sollte aufgefordert werden, die diskriminierende Behandlung der PalästinenserInnen in Ostjerusalem, namentlich in Bezug auf Arbeits- und Baugenehmigungen, Häuserzerstörungen, Besteuerung und öffentliche Ausgaben, zu beenden.

Die Zusammenfassung schliesst mit den Worten: „Klare Erklärungen der Europäischen Union und des Quartetts, dass Jerusalem für beide Seiten Verhandlungsgegenstand bleibt und dass Israel alle Handlungen unterlassen sollte, die solchen Verhandlungen vorgreifen, wären angezeigt. Wir sollten ferner palästinensische kulturelle, politische und wirtschaftliche Aktivitäten in Ostjerusalem unterstützen.“

Aufgrund des Entscheids der EU-MinisterInnen, den Bericht unter Verschluss zu halten, haben zahlreiche NGOs der Palästina-Solidarität beschlossen, den Inhalt auf ihren Webseiten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der vollständige Bericht findet sich unter <http://stopptdiemauer.de> (val)

Stadtbahnnetz für Grossjerusalem

Connex und Alstom sind die internationalen Investoren hinter dem Citypass Konsortium, das 2005 eine 500-Millionen-Dollar-Ausschreibung der israelischen Regierung gewonnen hat. Mit den Geldern der französischen InvestorInnen sollen wichtige jüdische Siedlungen in der Westbank (von Ma'ale Adumin bis ins Jordantal) mit einem neuen Stadtbahnnetz an Jerusalem angeschlossen werden.

Ariel Sharon sagte dazu im August 2005 in seiner Rede zur Feier der Übereinkunft: „Es muss alles dafür getan werden, Jerusalem zu stärken, es auf- und auszubauen und für die Ewigkeit als Hauptstadt des jüdischen Volkes und als vereinte Hauptstadt des Staates Israel zu erhalten ...“

Dass das Stadtbahnnetz durch eine Besatzungsmacht auf enteignetem

palästinensischem Boden in illegale jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten führen soll und deshalb völkerrechtswidrig ist, scheint die europäischen InvestorInnen nicht vom Projekt abzuhalten. Die „Stop the wall“-Kampagne ruft deshalb die europäische Solidaritätsbewegung zu Aktionen gegen die beiden Konzerne auf, die in Europa verschiedene private Nahverkehrsnetze betreiben.

In der Schweiz unterhält Connex als Besitzerin der „Dupraz Bus Genève“ Teile des Genfer Busnetzes. Die Genfer Solidaritätsbewegung hat aus diesem Grund Material zusammengestellt und während des Genfer Autosalons Proteste gegen die beiden Unternehmen und deren Verträge mit der Stadt Genf organisiert.

1948 – Eine Erfahrung aus Jerusalem

Die Nakba von 1948 hat auch in Jerusalem das Leben der PalästinenserInnen radikal auf den Kopf gestellt. Bei der Inbesitznahme von Westjerusalem und den umliegenden Gebieten liess das zionistische Militär neben der Vertreibung auch brutale Massaker nicht aus. Um zu erfahren, welche Erlebnisse und Bilder jene PalästinenserInnen, die damals in Jerusalem lebten, heute mit 1948 verbinden, habe ich mich mit Fouad¹ unterhalten.



Westjerusalem 1948: Strassensperre an der King David Street

„Die gesamte Infrastruktur sowie das Mobiliar haben sie einfach übernommen. Die eingewanderten Israelis wohnten in unseren Häusern, schliefen in unseren Betten.“ Fouads Stimme wird emotionaler, beinahe verlässt sie ihre gewohnte Zurückhaltung. Die Vertreibung von 1948 hat ihn, der als Jugendlicher zusammen mit seiner Familie Westjerusalem verlassen musste, gezeichnet. Nach Momenten der Verunsicherung und Angst, als man unvorbereitet von der Ausrufung des israelischen Staates hörte und bald die Haganah² ihre militärischen Operationen in Westjerusalem startete, blieb vielen arabischen Familien nur die Flucht. Die meisten versuchten, in nahe gelegenen Gebieten Ostjerusalems unterzukommen. Der Familie von Fouad stellte die katholische Kirche ein Zimmer in der Altstadt bereit. Mehrere Jahre lebten sie zu acht auf engstem Raum, ohne Strom oder fliessendem Wasser – wobei die äusseren Bedingungen (keine Schulen, hohe Arbeitslosigkeit, ständiger Kriegszustand) noch weit schwieriger zu bewältigen waren. Als Folge davon wanderten viele

der jungen Leute, wie auch Fouad, in vorwiegend arabische, aber auch europäische Länder oder in die USA aus.

Das britische Mandat

Fouad sieht heute die Jahre vor 1948 als richtungweisende Zeit für die folgende Katastrophe. Noch bevor den Briten 1922 das Völkerbundmandat für Palästina zugesprochen wurde, hatte Grossbritannien in der so genannten Balfour-Erklärung klar seine Sympathie mit der zionistischen Bewegung ausgesprochen: Palästina sollte zur jüdischen Heimstätte werden. Unter dem britischen Mandat war es den ZionistInnen möglich, ihre politischen wie wirtschaftlichen Organisationen (z.B. die Einrichtung des „jüdischen“ Nationalfonds, der die Einwanderung und den Kauf von Ländereien finanzierte) auszuformen, die allesamt auf die Errichtung von Grossisrael abzielten.

Auch in der militärischen Präsenz des Mandats drückte sich die offensichtliche Parteinahme der Briten aus. „Die Briten haben ein dreckiges Spiel gespielt“, kommentiert Fouad das Handeln der Soldaten, welche

unter dem britischen Mandat dienten. „Sie schossen auf einen Kibbuz, und als Folge davon schossen die Juden auf die Araber, welche wiederum zurückschossen. Das Ergebnis war Kampf, Schiesserei. Immer wieder wandten sie diesen Trick an, um uns aufeinander zu hetzen. Schliesslich hatten sie alles bereits für die Israelis vorbereitet...“ Mit einer erschreckend klaren Strategie wurde über Jahre Gewalt und Rassismus geschürt, was schliesslich die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung legitimieren sollte.

Auch für die Gesetzgebung, die unter dem Mandat herrschte, konnte Fouad nie Verständnis aufbringen: „Wir durften keine Waffe, nicht einmal ein Sackmesser besitzen, während die jüdischen Immigranten in ihren Kibbuzim militärische Übungen mit scharfer Munition durchführten. Das war erlaubt.“ Fouad lebte damals mit seiner Familie in Upper Baq'a, einem arabischen Quartier Westjerusalems, nahe eines britischen Militärstützpunktes und eines jüdischen Kibbuz. Auf seinem sechs Kilometer langen Schulweg kam es nicht selten vor, dass die jungen Haganah-KämpferInnen auf ihn und seine MitschülerInnen zielten.

Trotz der offensichtlichen Gewalt, die bereits vor 1948 herrschte, gab es bis dorthin keine durchgehende Trennung in der Gesellschaft. Jüdische Familien schickten ihre Kinder in arabische Privatschulen, mehrere Quartiere in Ost- und Westjerusalem lebten geradezu von der religiösen und ethnischen Durchmischung. Nicht nur arabische und jüdische, sondern auch armenische, griechische oder deutsche Ansiedlungen hatten in den vorangegangenen Jahrzehnten und gar Jahrhunderten das Leben in Jerusalem mitgeprägt. Dass sich diese Situation, vor allem in der Wahrnehmung der Menschen, durch den Krieg stark verändert hat, ist heute unübersehbar (siehe Kasten).

¹ Name von der Redaktion geändert.

² Die Haganah („Die Verteidigung“) war eine Militärorganisation in Palästina während des britischen Mandats (1920–1948). Später wurde sie in die neu gegründete israelische Armee überführt.

Massenflucht

Als sich im April 1948 die Schreckensnachricht des Massakers von Deir Yassin verbreitete, löste dies eine grosse Fluchtwelle in Westjerusalem und seinen ländlichen Vororten aus. Schätzungsweise 30 000–45 000 PalästinenserInnen verliessen aus Angst und Mangel an Verteidigungsmöglichkeiten ihre Ortschaften.

„Ich war der letzte, der das Haus verliess“, berichtet Fouad. „Meine Eltern hatten grosse Angst, weil ich nicht kam. Schliesslich musste mich mein Onkel holen kommen. Bevor ich ging, wollte ich unbedingt alles geordnet hinterlassen, vor allem meine Zeichnungen. Mitgenommen haben wir fast nichts.“

Andere Zeitzeugen sprechen davon, wie sehr sich in diesen Monaten der grossen Fluchtbewegung der psychische Druck verstärkte. Viele mussten zusehen, wie die Häuser ihrer Nachbarn, die Westjerusalem bereits verlassen hatten, von der israelischen Armee geplündert wurden. Zudem führte die Haganah einen gezielten psychologischen Krieg, indem sie Drohungen auf Postern und Wänden anbrachte oder angesehene arabische Persönlichkeiten durch Telefonate terrorisierte.



Flüchtlinge, Jerusalem 1948

Landenteignung – strategische Siedlungspolitik

Viele arabische Familien, die Haus und Hof zurückliessen, verloren damit ihr gesamtes Eigentum. Papiere, die ihren Besitz bestätigten, wurden in den folgenden Jahren von Israel als nichtig deklariert. 1967 wollten die Eltern von Fouad ihr Land in Westjerusalem besichtigen. Doch stand darauf bereits eine Synagoge.

„Meine Eltern haben reklamiert. Auf dem Amt aber sagte man zu ihnen: ‚Wo waren Sie? Sie haben keine Steuern bezahlt, dieses Land hier gehört nicht ihnen.‘“ Ohne jegliche Entschädigung wurde auf diese Weise systematisch Land und Besitz annektiert. Dies ist Teil der israelischen Siedlungspolitik, welche die Rückkehr der PalästinenserInnen unmöglich macht. Die Land- und Besizenteignung zeigte sich als strategischer Bestandteil der zionistischen Politik, den palästinensischen Flüchtlingen die Rückkehr zu verwehren. Neben der rassistisch motivierten zionistischen Ideologie spielte auch das wirtschaftliche Kalkül eine Rolle. Schliesslich war es für den jungen Staat Israel rund ein Fünftel günstiger, die neuen SiedlerInnen in verlassenen Häusern unterzubringen, als neue Siedlungen aufzubauen. „It is not our job to worry about the return of the Arabs“, erklärte Ben Gurion 1948.

Identität – ein Migrationserlebnis

Anders als seine Eltern wollte Fouad nicht mehr länger in Jerusalem leben. Zu Beginn der 50er-Jahre zog er nach Saudi-Arabien und arbeitete mehr als drei Jahre als Laborant. Nach einem Aufenthalt im Libanon gelangte er nach London, wo er endlich seine Matur fertig machen und sein Studium abschliessen konnte. Dort lernte er auch seine Frau kennen, mit der er später in die Schweiz zog. Mit dem Leben in der Schweiz, zusammen mit seiner Familie, endeten die Jahre der Migration. Fouad will heute nicht mehr nach Jerusalem zurückkehren. Zu sehr schmerzt ihn der Anblick der Veränderung durch die Besatzungsmacht Israel und der unbekümmerte Tourismus, der die früheren orientalischen Bazare zu Souvenirständen verkommen liess.

Trotzdem bedeutet das Leben hier in der Schweiz auch für ihn eine ständige Auseinandersetzung mit seiner Herkunft und Geschichte. Fouad arbeitete einige Jahre in der Basler Chemie. Immer wieder bekam er von seinem Vorgesetzten, der eine israelfreundliche Haltung vertrat, zu spüren, dass er ihn als

Feind betrachtete. Während seine ArbeitskollegInnen die Möglichkeit erhielten, sich eine Doktorarbeit finanzieren zu lassen, blieb ihm dieser Wunsch systematisch verwehrt. Nur durch Eigeninitiative und das Verlassen dieses Konzerns konnte er schliesslich sein Ziel erreichen. Den Blick auf einen Punkt im Raum fixiert, meint Fouad nachdrücklich: „Jerusalem bedeutet für mich alles.“ (nw)

Weiterführende Literatur:

Tamari, Salim (Hg.): Jerusalem 1948. The Arab Neighbourhoods and their Fate in the War. Institute of Jerusalem Studies & Badil Resource Center, Jerusalem 2002.

Feindbilder

Während ich mit Fouad spreche, wird mir durch sein Beispiel klar, wie tiefgründig die Ereignisse der Vertreibung und Diskriminierung seine Fähigkeit der differenzierten Wahrnehmung beinahe verschwinden lassen. Ich bin irritiert, als er von Juden/Jüdinnen spricht und dabei unterscheidet zwischen SemitInnen, die „zu ihnen gehören“, und immigrierten Israelis, die er als „andere Rasse“ bezeichnet und ihnen daher das Recht auf Leben in Israel/Palästina abspricht. Ist es Zeichen unserer eigenen europäischen Geschichtswahrnehmung, dass mich seine Aussage erschreckt? Sind unsere Tabus, was z.B. die Bezeichnungen von „Rasse“ betrifft, übertragbar auf die Situation im Nahen Osten? Und hat diese „rassische“ Kategorisierung direkte Bezüge zu Antisemitismus nach europäischem Massstab oder ist sie doch viel eher Ausdruck eines aufgebauten Feindbildes der jüngsten Vergangenheit? Wie stehen wir als Solidaritätsbewegung zu solchen Fragen? Wie oft wird die Problematik der Stereotypisierung thematisiert bzw. inhaltlich integriert? (nw)

Vertreibung aus dem Etzion Bloc

Der Etzion Bloc gehört neben Ariel zu den grössten Siedlungen in der Westbank und ist Teil des israelischen Projektes „Greater Jerusalem“. Mit dem Mauerbau wird der Siedlungsbloc vom Rest der Westbank abgetrennt und die dort lebenden PalästinenserInnen sollen vertrieben werden. Wir führten ein Interview mit einem Betroffenen, dem Palästinenser Daoud Nassar.



Palästinensische Jugendliche beim Theaterspielen auf Dahers Weinberg. Im Hintergrund die Siedlung Neve Daniel.

Der neue israelische Ministerpräsident Olmert hat die Annexion von Teilen der besetzten Westbank (u.a. den Etzion Bloc) angekündigt. Was bedeutet das für die PalästinenserInnen in den Gemeinden um den Etzion-Siedlungsbloc?

Die PalästinenserInnen in den Gemeinden um den Gush Etzion-Siedlungsbloc werden in den nächsten Monaten vollständig von der Stadt Bethlehem getrennt. Der einzige Weg nach Bethlehem führt durch ein Tor, das bei Al Khader gebaut wird. Die betroffenen PalästinenserInnen arbeiten zum Teil in der Landwirtschaft, zum Teil in der Stadt Bethlehem. Wenn die Mauer fertig ist, wird es für sie keine Bewegungsfreiheit mehr geben. Sie können ohne Genehmigung nicht zu ihren Feldern gelangen, und es wird auch schwierig werden, für ihre Arbeit nach Bethlehem zu kommen. Die Zukunft der BewohnerInnen wird komplett verbaut.

Die BewohnerInnen der betroffenen Gemeinden sind von der Stadt abhängig. In den Dörfern fehlt es an Infrastruktur, es gibt keine Krankenhäuser, keine medizinische Versorgung, wenige Schulen, keine Universitäten, keine Einkaufsmöglichkeiten, keine Banken usw. Viele werden mit der Zeit nicht mehr in der Lage sein, unter diesen Bedingungen zu leben. Manche werden sich gezwungen sehen, das Dorf zu verlassen und wenn möglich eine Chance im Ausland zu suchen oder doch wenigstens in der Stadt zu wohnen.

Du kämpfst seit Jahren gegen die Enteignung des Weinberges deiner Familie in diesem Gebiet. Was habt ihr bisher unternommen?

Der Kampf um diesen Weinberg hat im Jahr 1991 begonnen, als Israel das ganze Gebiet zu Staatsland erklärt hat. Jede/r Palästinenser/in musste innerhalb von 45 Tagen der

Militärbehörde seine Landdokumente vorzeigen. Viele konnten dem nicht nachkommen, weil ihr Land nie registriert worden war. Glücklicherweise hat mein Grossvater das Land im Jahr 1916 registrieren lassen. Wir verfügen über Dokumente von den Türken, aus der englischen Mandatszeit, von Jordanien und sogar von Israel nach 1967.

Die Militärbehörde hat nicht erwartet, dass wir Landdokumente vorlegen können. Sie hat Familienmitglieder während Stunden verhört, um zu sehen, wie gut sie das Land kennen. Selbst Nachbarn wurden vor die Militärbehörde nach Beit El (bei Ramallah) zitiert. Schliesslich wurde uns in einem Brief mitgeteilt, dass das Land nochmals vermessen werden müsse. Zwei palästinensische Landexperten haben diese Arbeit gemacht.

SiedlerInnen, die um den Weinberg in verschiedenen Siedlungen leben, versuchten, eine Strasse durch unser Land zu bauen. Sie rückten mit grossen Maschinen an und wollten, wenn die Strasse fertig wäre, eine neue Siedlung auf dem Land bauen. Es gelang uns, sie nach einigen Tagen zu stoppen.

1999 haben sie es wieder versucht, doch wir haben sie erneut gestoppt. Dasselbe im Jahr 2001. Die SiedlerInnen waren sehr aggressiv und haben mehr als 250 Olivenbäume auf unserem Land entwurzelt.

Haim Ramon, Minister in der Regierung Sharon meinte letzten Juli am israelischen Radio: „Der Mauerbau macht Jerusalem ‚jüdischer‘. Es wird ein sicheres und jüdischeres Jerusalem sein, das so zu einer wirklichen Hauptstadt des israelischen Staates wird.“

2001 erhielt unser Rechtsanwalt ein Fax von der Militärbehörde. Darin stand, dass meine Familie nicht genügend Beweise für den Landbesitz vorweisen könne. Wir haben nicht aufgegeben und entschieden, an den Obersten Gerichtshof zu gelangen. Da ein Rechtsanwalt aus der Westbank

uns dort nicht vertreten darf, mussten wir einen palästinensischen Rechtsanwalt aus Israel finden. Während dieser Zeit haben wir viele Freunde von uns im Ausland gebeten, Fax, E-Mails und Briefe an ihre Regierungen und auch an die israelische Regierung zu schicken und Zeitungen zu informieren. Das Ganze hatte eine grosse Wirkung.

An der ersten Sitzung vor dem Obersten Gericht im August 2001 war die Richterin nicht zufrieden mit den Angaben der Militärbehörden. Sie hat die Militärbehörde aufgefordert, innerhalb einer Frist von 60 Tagen überzeugende Gründe zu nennen, warum das Land israelisches Staatsland sein solle. Bis heute warten wir auf eine Antwort, aus den 60 Tagen sind mittlerweile fünf Jahre geworden.

Vor zwei Jahren liess man verlauten, dass palästinensische Landexperten in Israel nicht anerkannt seien und dass wir einen israelischen Landexperten brauchen, der das Land noch einmal vermessen, Luftaufnahmen machen und nach Istanbul und London gehen soll, um alte Dokumente zu suchen, alte Landkarten mit neuen zu vergleichen und dann seinen Bericht zu schreiben. Diese Arbeit hat uns \$ 70 000 gekostet.

Wir kämpfen für diesen Weinberg seit 15 Jahren, und wir werden nicht aufgeben oder ermüden, auch wenn dieser Kampf noch weitere 15 Jahre dauern wird. Wir wollen das Land retten und eine gute Zukunft für die junge Generation schaffen. Wir glauben, dass die Sonne der Gerechtigkeit eines Tages aufgehen wird. Mit dieser Hoffnung leben wir jeden Tag.

„Tent of Nations“, ein Projekt, das aus dem Kampf für den Weinberg entstanden ist, führt dieses Jahr, u.a. mit Unterstützung der Palästina-Solidarität und dem PalCH, Computerkurse für Frauen in der Gemeinde Nahalin durch. Was wollt ihr mit diesen Kursen erreichen?

Dieses Projekt hat zum Ziel, Frauen im Dorf zu stärken. Oft haben die Mädchen keine Möglichkeit, eine höhere Schule zu besuchen oder eine Ausbildung zu absolvieren. Vielfach fehlen hierzu die finanziellen Mittel.



Palästinensische Jugendliche auf Dahers Weinberg

Ferner erfahren Mädchen in der arabischen Kultur teilweise eine Benachteiligung gegenüber Jungen in Bezug auf Ausbildung.

Ein weiteres wichtiges Ziel des Projektes ist es, junge Leute zu motivieren, im Dorf zu bleiben, auch wenn die Bewegungsfreiheit nach Fertigstellung der Mauer noch massiver eingeschränkt sein wird. Mit dem Internet können sich junge Menschen in ihrem „Freiluftgefängnis“ durch Einholen von Informationen, durch Kommunikation etc. wenigstens einen gewissen Zugang zur „Aussenwelt“ schaffen.

PalästinenserInnen im Etzion Bloc

Die sechs palästinensischen Gemeinden Battir, Husan, Walaja, Nahalin, Zakarya und Wadi Fukin befinden sich unmittelbar an der grünen Linie (faktische Grenze von Israel bis 1967) in der Westbank, südlich von Jerusalem und westlich von Bethlehem/Beit Jala. In diesen Gemeinden leben 22 000 PalästinenserInnen. Die Arbeitslosenrate beträgt hier 60 Prozent. Da die BewohnerInnen in der Westbank leben, ist es ihnen nur mit einer Sonderbewilligung erlaubt, nach Jerusalem zu gelangen. Gleichzeitig werden die Gemeinden seit Jahren durch Checkpoints von der restlichen Westbank abgeschnitten.

Die Gemeinden wurden in den letzten 20 Jahren stark vom Bau von 14 israelischen Siedlungen (dem so

genannten Etzion Bloc) bedrängt. Von 1993 (Oslo-Abkommen) bis 2000 haben sich die Flächen der Siedlungen verdoppelt bis verfünffacht, die Zahl der SiedlerInnen hat jährlich durchschnittlich um 13 Prozent zugenommen (Research Institut Jerusalem). Die israelischen Siedlungen sind ein Teil des Projektes von Gross-Jerusalem und verfügen heute durch den Ausbau der Siedlerstrassen über eine schnelle Autoverbindung nach Jerusalem (ca. 15 Fahrminuten). (ud)



Mauergraffiti

Palästina nach den Wahlen

Über die Einschätzung der Wahlen und westliche Reaktionen darauf haben wir mit Muhammad Jaradat, Koordinator der Refugee Rights Campaign der in Bethlehem angesiedelten palästinensischen Flüchtlings-NGO Badil, gesprochen.

In einer Stellungnahme zu den Wahlen spricht die Koordination palästinensischer NGOs aus den besetzten Gebieten und dem Golan (OPGAI¹) von einem Votum zugunsten der „fundamentalen Rechte der PalästinenserInnen“ und von einer „grundlegenden Veränderung der Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft“. Kannst du erklären, was damit gemeint ist?

Wenn wir PalästinenserInnen von fundamentalen Rechten sprechen, dann meinen wir damit das Recht auf Freiheit von fremder Besatzung, das Recht auf Widerstand und das Recht auf Selbstbestimmung. Diese drei Rechte gehören zu jenen Grundrechten, die – zumindest gemäss den Statuten der Vereinten Nationen – die friedliche Zusammenarbeit von Staaten und Nationen leiten sollten.

Der Wunsch nach einer grundlegenden Veränderung der Beziehung zwischen PalästinenserInnen als Volk oder Nation und der internationalen Gemeinschaft bezieht sich auf das breite Verlangen nach einem Ende der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von und Erniedrigung durch die US-Regierung und ihre europäischen Verbündeten. PalästinenserInnen in den von Israel besetzten Gebieten der Westbank und des Gazastreifens haben jegliches Vertrauen verloren, dass die vom so genannten Quartett (USA, EU, Russland, UNO) vermittelte „Nahost-Friedenspolitik“ auch nur annähernd zu einer Anerkennung und Unterstützung ihrer fundamentalen Rechte führen kann. Die Wahl von Hamas soll den Bruch mit dieser Nahostpolitik, die das Leben der palästinensischen Menschen seit Beginn der 90er-Jahre dominiert, und mit Fatah, die diese Politik mitgetragen hat, gewährleisten.

Wie wirken sich die Wahlen auf die Lebensbedingungen der Frauen aus? Haben die Frauenquoten ein positives Signal gesetzt?

Die Quotenregelung für Frauen wurde in den vorangehenden Kommunalwahlen eingeführt, mit dem Ergebnis, dass Frauen nun sowohl in den Gemeinden als auch im Parlament stärker vertreten sind. Unter allen Parlamenten arabischer Staaten ist das neu gewählte Parlament der palästinensischen Behörde (PA) nun gleich hinter Tunesien das mit der grössten Anzahl von Parlamentarierinnen. Letztere finden sich in allen politischen Fraktionen, viele von ihnen auch in Hamas, und es wird sich weisen, ob und inwiefern sich die politischen Positionen und Schwerpunkte der Parlamentarierinnen von denen ihrer männlichen Kollegen unterscheiden.

Der unerwartet eindeutige Wahlsieg von Hamas gab und gibt Anlass zu grosser Besorgnis um die zukünftigen gesellschaftspolitischen Prioritäten, nicht nur unter Frauen und der deklariert nichtreligiösen Bevölkerung oder den ChristInnen, sondern auch bei einer breiten Mehrheit der Bevölkerung. Die Stimme für Hamas war eine Stimme für eine politische Alternative, aber kein Mandat für die Praxis religiös-fundamentaler Gesellschaftspolitik. Unmittelbar nach den Wahlen kursierte auf palästinensischen Märkten, in Taxis, Geschäften und Institutionen eine Flut von „Hamaswitzen“, die diese Besorgnis öffentlich zum Ausdruck brachte.

Die USA und die EU haben nach dem Wahlsieg der Hamas mit der Einstellung der Gelder für die palästinensischen Behörden gedroht. War die Reaktion für euch unerwartet?

Nein, diese Reaktion war nicht wirklich unerwartet. Die Menschen in Palästina sind sehr vertraut mit den doppelten Standards des Westens, was die Demokratisierung des Nahen Ostens und der arabischen Region betrifft. Überraschend war vielleicht nur die Einheit und Geschwindigkeit der Reaktion seitens der USA, der EU und ihrer Mitgliedstaaten und Verbündeten.

Die zukünftige Finanzierung der PA hängt alleine davon ab, wie die USA und die EU die Zweckmässigkeit des Zerfalls der PA für ihre geopolitischen Interessen einschätzen. Die Antwort auf diese Frage ist derzeit noch nicht entschieden, unter anderem auch, weil die politischen und militärischen Strategen Israels noch nicht entschieden haben, ob Israel fähig und willens ist, im Falle der Zerschlagung der PA wieder die volle Verantwortung für die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu übernehmen. Die Situation ist prekär, da die PA und mit ihr die Bevölkerung von externer Finanzierung abhängig ist. Obwohl die PA wahrscheinlich ohne Gelder aus den USA und der EU manövrieren könnte, ist ihr der Zugang zu finanziellen Alternativen verwehrt: Jeglicher Bankverkehr zwischen den besetzten Gebieten und dem Ausland wird gemäss dem Wirtschaftsabkommen von Paris (1994) von Israel und den USA kontrolliert.

Der Westen verlangt für die Weiterführung der Hilfe die Anerkennung von Israel. Wie wird diese Frage bei euch diskutiert?

Im Grunde gibt es dazu nicht sehr viel Diskussion. Die PLO, und nach ihre die PA, haben Israel wiederholte Male anerkannt, ohne dass die damit verbundenen Versprechen und Garantien eingelöst worden wären. Darüber hinaus haben die PalästinenserInnen inzwischen verstanden, dass es nicht um die Anerkennung des Staates Israel geht, sondern um die Anerkennung des Staates Israel als „jüdischem Staat“. Letzteres wäre ein Einverständnis, dass in Israel lebende PalästinenserInnen StaatsbürgerInnen zweiter Klasse bleiben und die Rechtsansprüche der Palästinaflüchtlinge aus dem Jahr 1948 annulliert werden – oder anders gesagt, dass PalästinenserInnen die Ideologie des Zionismus unterschreiben. Und dies ist eine Forderung, die sogar das politische Establishment Israels immer wieder absurd findet.

¹ Occupied Palestine and Golan Heights Advocacy Initiative, an der sich Badil beteiligt.

Bisher hat sich kaum jemand im Westen gegen die Kürzungen ausgesprochen, weil fortschrittliche Kräfte die Hamas ebenfalls nicht unterstützen wollen. Viele hätten auch nichts dagegen, wenn das koloniale Konstrukt PA abgeschafft und die grosse Zahl von Polizisten reduziert würde. Was denkst du über diese Zurückhaltung?

Die Zurückhaltung fortschrittlicher Kräfte im Westen, gegen den Versuch westlicher Regierungen zu protestieren, die den palästinensischen Widerstand und die Bevölkerung mittels wirtschaftlicher Sanktionen in die Knie zwingen wollen, ist Ausdruck eines traurigen Missverständnisses, das schnellstens korrigiert werden sollte.

Es geht nicht nur um die durch die Oslo-Abkommen geschaffene und viel kritisierte palästinensische Behörde, sondern um den Fortbestand organisierter palästinensischer Politik überhaupt. Die PA, palästinensische Politik und Widerstand und das Wohlbefinden der Bevölkerung sind eng miteinander verbunden. Der Weg vorwärts führt nicht über die Zerschlagung der PA von aussen. Der Weg vorwärts muss von PalästinenserInnen selbst gegangen werden, über eine Reform der bestehenden politischen Organisationen, mit Hamas, über die PA hinaus zu einer Wiederbelebung der Institutionen der PLO, die letztendlich alle PalästinenserInnen in Palästina und im Exil vertritt.

Hat Israel nach der Wahl mit Verschärfungen oder Kollektivstrafen reagiert?

Israels stärkste Waffe und Kollektivstrafe ist das Zurückhalten der monatlichen Rückvergütungen der Steuereinnahmen, die Israel basierend auf bestehenden Abkommen für die PA kassiert. Das Volumen dieser Steuern übertrifft bei weitem das Volumen der Auslandszahlungen an die PA und dient fast gänzlich zur Auszahlung der Löhne an die Bediensteten des öffentlichen Sektors in den besetzten Gebieten.

Was erwartet ihr in der neuen Situation von der internationalen Solidaritätsbewegung?

Wir erwarten möglichst starke Proteste gegen die Politik der Erpressung des palästinensischen Volkes durch westliche Regierungen und gegen deren Komplizenschaft mit Israels militärischer Machtpolitik.

Wir hoffen auf Unterstützung durch die internationale Solidaritätsbewegung, vor allem durch eine breite und koordinierte Boykott- und Desinvestitionskampagne, die darauf zielt, Israel zu isolieren und westliche Regierungen unter Druck zu setzen, bis die fundamentalen Rechte der PalästinenserInnen in Palästina anerkannt und respektiert werden. Eine solche Kampagne ist derzeit die einzige Alternative zum gewaltsamen und militärischen Widerstand, zu dem das palästinensische Volk berechtigt ist, der aber viele Menschenleben fordert und allein nicht wirksam sein kann. (ud/and)

Bil'in – Ein Dorf widersetzt sich

Bil'in ist ein kleines Dorf mit 1600 EinwohnerInnen westlich von Ramallah, gute vier Kilometer von der Grünen Linie entfernt. Nach der Besetzung 1967 wurde ein grosser Teil des Agrarlandes vom israelischen Staat beschlagnahmt und der so genannte Matityahu-Siedlungsblock gebaut. Diese völkerrechtlich illegalen Siedlungen werden durch die Mauer vom Westjordanland abgezweigt und ins Kernland Israels integriert. Dabei verliert Bil'in etwa die Hälfte seiner Olivenhaine. Ausserdem werden in der israelischen Siedlung momentan Häuser für Hunderte, wenn nicht gar Tausende neuer SiedlerInnen gebaut, obwohl dafür eine staatliche Genehmigung fehlt; einige fanatische SiedlerInnen sind sogar dabei, eine neue Siedlung zu errichten. In Anbetracht dieser düsteren Aussichten haben sich vor gut

einem Jahr die EinwohnerInnen von Bil'in zusammengesetzt und beschlossen, den Mauerbau und den Ausbau der Siedlungen zu verhindern – mit gewaltfreien Mitteln. Zuerst brachten sie den Fall vor ein israelisches Gericht, welches jedoch den Verlauf der Mauer unterstützte. Es begann ein langes juristisches Hickhack mit immer neuen Versuchen, die Bauarbeiten zumindest aufzuschieben. Gleichzeitig organisierten die Leute wöchentliche Demos und direkte Aktionen, bei denen sie versuchten, auf das Baugelände zu gelangen und die Baumaschinen zu blockieren, welche ihre Olivenbäume zerstörten und den Mauerbau vorbereiteten.



Ein Palästinenser hängt symbolisch am Apartheidszaun

Die DorfbewohnerInnen fanden schon bald Unterstützung bei israelischen FriedensaktivistInnen wie den Anarchists against the Wall, Peace Now oder Gush Shalom. Obwohl sie als israelische BürgerInnen nicht in die besetzten Gebiete reisen dürfen, kommen sie, um mit ihren palästinensischen MitstreiterInnen gegen die Absperrung und die Besetzung im Allgemeinen zu demonstrieren. Auch internationale Organisationen wie ISM (International Solidarity Movement) und IWPS (International Women's Peace Service), die (gewaltfrei) in den besetzten Gebieten aktiv gegen die Besetzung kämpfen, waren von Anfang an ein wichtiger Bestandteil der Protestbewegung.

Woche für Woche trafen sich die Menschen nach dem Freitagsgebet und zogen zur Baustelle; manchmal 500, manchmal nur 50 Leute. Innerhalb eines Jahres kam es zu über 90 Demonstrationen und kleineren Aktionen.

Die israelische Armee und Polizei reagierte auf die friedlichen Proteste mit Gewalt: Mit Schlägen, Knallgranaten, Tränengas und gummihüllten Metallkugeln (nicht zu verwechseln mit dem harmloseren Gummischrot, in der Schweiz eingesetzt wird) versuchten sie, die DemonstrantInnen zu vertreiben. Regelmässig wurden Leute verhaftet oder verletzt; Flugblätter, welche die Dorfbevölkerung einschüchtern sollten, wurden verteilt; oft drang die Armee in das Dorf ein und verhängte eine Ausgangssperre. Doch die DorfbewohnerInnen blieben hartnäckig. Immer wieder gelang es, die Bauarbeiten zu unterbrechen und zu verzögern. Dabei spielten direkte Aktionen eine entscheidende Rolle: Die Leute ketteten sich an Olivenbäume, um sie vor dem Fällen zu bewahren, oder sie kletterten auf Baumaschinen, um sie zum Anhalten zu zwingen. Damit erreichten die PalästinenserInnen, dass die israelische Regierung den Mauerbau bis zur endgültigen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs stoppte. Dennoch ist die Mauer beinahe fertig gestellt. Nur dort, wo ein Tor geplant ist, klafft bis jetzt ein grosser, offener Durchgang; wie lange der offen bleibt, ist ungewiss.

Palästinensische „Siedlungen“

Im Dezember letzten Jahres bauten die PalästinenserInnen auf der „israelischen“ Seite der Absperrung eine eigene „illegale Siedlung“: Ein Container, gerade mal ein paar Quadratmeter gross, mit einer Palästinaflagge auf dem Dach. Es geht darum zu zeigen, wie ungerecht die israelische Regierung auf illegale Bautätigkeiten reagiert. „Die Wahrheit ist, dass Juden/Jüdinnen das Gesetz brechen dürfen, die PalästinenserInnen nicht“, sagt der Anwalt der DorfbewohnerInnen, Michael Sfard. Und er bringt es auf den Punkt: „Dies nennt man Apartheid.“ Andere Male wurde Bil'in symbolisch in leeren Särgen zu Grabe getragen oder AktivistInnen schlossen sich direkt vor den Bulldozern in Eisenkäfige ein. Die Leute von Bil'in schaffen es auch immer wieder, Veranstaltungen zu organisieren, die über den regionalen Rahmen hinausgehen. Vor den Wahlen im Januar gelang es ihnen, PolitikerInnen aller Parteien für einen Aktionstag zu gewinnen. An dem Tag demonstrierten um die 2000 Leute gegen die israelische Apartheid. Ende Februar fand in Bil'in sogar eine internationale Konferenz über den friedlichen Widerstand in den besetzten Gebieten statt.

Bil'in hat sich zu einem Zentrum des Protestes gegen die Absperrung entwickelt. Nirgendwo sonst wurde im letzten Jahr so intensiv, so hartnäckig demonstriert; nur an wenigen Orten ist der Widerstand gegen die israelische Politik so weit entwickelt und so gut organisiert.



Israelische Armee und Grenzpolizei lösen gewaltsam eine Sitzblockade auf

Und trotzdem wird dieser Kampf von den westlichen Medien total ignoriert. Lieber berichtet man über Bombenattentate, Kassamraketen und leere Worte von PolitikerInnen bei der Seiten.

Wie der Kampf gegen die Mauer ausgeht, ist ungewiss. Ohne Druck von unten und/oder von aussen wird die israelische Regierung kaum bereit sein, ihre Pläne zu ändern. Aber schon kleine Erfolge könnten dazu beitragen, dass die PalästinenserInnen wieder mehr Vertrauen in die Gewaltfreiheit gewinnen. Gerade in einer Zeit der Gewalt sind die Ordnungskräfte mit friedlichem Widerstand überfordert, da die üblichen Repressionen nur schwer legitimiert werden können. Denn eines haben die letzten Jahre deutlich gezeigt: Mit Gewalt lässt sich Israel nicht bezwingen. Aber vielleicht mit einer gewaltfreien, dritten Intifada? (and)

Weitere Infos unter:
www.bilin-village.org



Demonstration vor dem Obersten Gerichtshof in Israel am 1. Februar 2006



Impressum

HerausgeberInnen: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel und Palästina-Komitee Zürich, Postfach 1911, 8031 Zürich, paso.bs@gmx.ch

Redaktionelle Mitarbeit: Valérie Meyer (val), Nicolas Wasser (nw), Andreas (and), Urs Diethelm (ud)

Bildbearbeitung/Graphik: Lorenza Díaz und Corinna Staffe

Korrektur/Lektorat: Christine Senn, Kathrin Loetscher, Birgit Althaler

Layout & Gestaltung: Lorenza Díaz